

## EU-Förderung 2000 – 2006

### Chancen für Re-Industrialisierung und mehr Mitbestimmung in Ostdeutschland

Mit dem Amsterdamer Vertrag (1996) wurde die Beschäftigungspolitik als Gegenstand europäischer Politik in den EU-Vertrag aufgenommen. Dies findet sich nunmehr prioritär auch in den Leitlinien für die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Strukturfonds für die Jahre 2000 bis 2006 wieder. Insbesondere sollen beschäftigungspolitische Massnahmen auf lokaler und regionaler Ebene unterstützt werden, die von den Partnern regionalen Wirtschaftens gemeinsam entwickelt werden. Damit können sich die Förderbedingungen für eine auf regionaler und Landesebene koordinierte Beschäftigungspolitik zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit verbessern, und auch die Möglichkeiten, die in den Regionen bereits geplanten Massnahmen zu unterstützen.

Die Bundesländer sind aufgefordert, in diesem Sinne die sogenannten Operationellen Programme mit Zielen und Massnahmen zum Einsatz von EU-Fördermitteln auszuarbeiten und dabei die Sozialpartner und sonstige regionale Akteure einzubeziehen.

Das IMU-Institut wurde von der Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen (IAS), deren Träger die Landesregierung, IG Metall und DGB sowie Arbeitgeberverbände sind (vgl. IMU-Akzente Nr. 4, Dezember 1998), beauftragt, ihre Ansätze zur Regionalisierung der Beschäftigungspolitik in Vorbereitung des operationellen Programms für Sachsen systematisch darzustellen. Die Stiftung bietet mit ihrer drittelparitätischen und regionalisierten Trägerstruktur und der von ihr eingerichteten 5 Regionalforen (entsprechend den 5 sächsischen Planungsregionen) gute Voraussetzungen für den angestrebten bottom-up-Prozess zur Vorbereitung, Begleitung und Bewertung von EU-geförderten Massnahmen.

Das IMU-Institut hat zudem im Auftrag der IG Metall arbeitsorientierte Ziele und Kriterien für die Ausgestaltung der EU-Programme in der nächsten Förderperiode insbesondere für die Länder Brandenburg und Sachsen entwickelt. Dabei konnte auf die nunmehr fast 10-jährigen Erfahrungen in der Gestaltung aktiver und partnerschaftlicher Beschäftigungspolitik zurückgegriffen werden, so bspw. in Sachsen, auf die Kenntnisse industrieller Strukturen und der Umsetzung von regionalen „Beschäftigungspakten“ in Brandenburg im Rahmen des „Aktionsprogramms zur Stärkung von Kompetenzen in Branche und Region“ (ein Programm der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der IG Metall, das vom IMU-Institut verantwortlich durchgeführt wird) sowie auf unsere Erfahrungen mit dem Aufbau betrieblicher und regionaler Dialogstrukturen in Bayern und Baden-Württemberg.

In den Stellungnahmen zu den EU-Strukturfonds 2000 – 2006 stellt das IMU-Institut die folgenden Ziele und

Leitbilder einer regionalen Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland in den Mittelpunkt:

### Re-Industrialisierung und Stärkung regionaler Branchenkompetenzen

Die Mittel aus den EU-Strukturfonds sollen in Ostdeutschland maßgeblich dazu beitragen, daß die schmale industrielle Basis bis 2006 spürbar ausgeweitet wird. In Westdeutschland sind 28 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe tätig, in Ostdeutschland 16 %.

Zur Re-Industrialisierung müssen die Ansätze zur Stärkung der jeweils regional vorhandenen, industriellen Potentiale gefördert werden. Die Bemühungen regionaler Akteure, der Länder und der Gewerkschaften, Branchenkompetenzen wie z.B. die Bahntechnik in Ostsachsen mit ihren industriellen Kernen und eher kleinbetrieblichen (Zuliefer-)Strukturen zu sichern und auszubauen und die dazu notwendigen, flankierenden Massnahmen, sollten als Förderschwerpunkt und Verfahrensweg in den Operationellen Programmen der Länder verankert werden.

Mit der Stiftung IAS werden in Sachsen v.a. folgende regionale Kompetenzen weiterentwickelt: Bahntechnik in Ostsachsen, Fahrzeugbau in Südwestsachsen, Maschinenbau und Mikrosystemtechnik in Chemnitz, Gießereien und Umweltbiotechnologie in Leipzig, Mikroelektronik in Dresden, Textil und neue Werkstoffe in Lausitz/Vogtland, Holzwirtschaft im Erzgebirge, neue Beschichtungsverfahren in Zwickau und Ostsachsen, innovative Materialbearbeitung und metallische Werkstoffe in Lausitz und Brandenburg. Mit dem Aktionsprogramm werden in Brandenburg die Kompetenzen Optik in Rathenow, Armaturenindustrie in Prenzlau, Halbleitertechnik in Frankfurt/Oder, Metallindustrie in Finsterwalde sowie Holz- und Textilindustrie an mehreren Standorten weiterentwickelt.

### Unternehmenskooperationen

Solche o.g. industrielle „Kompetenzzentren“ entstehen nur durch vermehrte Kooperation der Unternehmen zur Optimierung und Ausweitung der Wertschöpfungskette. Durch Kooperation wird es möglich, vorhandene Defizite insbesondere von kleinen und mittleren Betrieben zu überwinden, neue Produkte, Verfahren und Märkte zu erschliessen und in den Prozess internationaler Arbeitsteilung einzutreten. Kooperation kann ferner dazu beitragen, das regionale Umfeld gezielter zu verbessern (produktionsorientierte Dienstleistungen, Ansiedlung komplementärer, vor- und nachgelagerter Betriebe der Wertschöpfungskette, Verbesserung der Schnittstellen

hin zu den vorhandenen Einrichtungen der Wirtschafts-, Technologie- und Arbeitsmarktförderung).

Weil zu erwarten ist, dass vorhandene Arbeitsplätze und neue Arbeitsplätze am ehesten aus eigener, gebündelter Kraft der Regionen und Branchen gesichert und geschaffen werden können, sollten Unternehmenskooperationen in Zukunft intensiv unterstützt werden, zum einen durch die Förderung der Kooperationsfähigkeit, von Machbarkeitsstudien etc. vorbereitet und zum anderen durch Förderung der Produkt-/Verfahrensentwicklung, Markterschließung, Prozeßmanagement etc.

### **Integrierte Standortentwicklung**

Wenn sich zur Sicherung und zum Ausbau industrieller Standorte auf regionaler Ebene zunehmend Unternehmenskooperationen und andere Netzwerke zur Vorbereitung und Umsetzung beschäftigungswirksamer Maßnahmen bilden, muß umgehend eine adäquate Infrastruktur zur Unterstützung dieser Bemühungen geschaffen werden. Integrierte Standortentwicklung meint dabei nicht nur den Auf- und Ausbau einer funktionierenden technischen Infrastruktur und eine verbesserte Zusammenarbeit mit FuE-Einrichtungen u.ä., sondern auch eine verbesserte Verzahnung von Förderprogrammen (für eine sinnvolle Bündelung von Fördermitteln für Vorhaben, die nicht mehr allein aus einem „Topf“ finanziert werden können), und einer entsprechenden, auf die Projekte hin orientierten Koordinierung von Fachpolitiken (Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Technologiepolitik). Neben den technischen Innovationen sollten in diesem Sinne in Zukunft organisatorische und soziale Innovationen zur Unterstützung von Netzwerken, zur Hebung der Kreativität „von unten“ und für mehr Mitbestimmung und Beteiligung „von unten“ einen höheren Stellenwert im Rahmen der EU-Strukturfonds bekommen.

Die im Verbund entwickelten und umzusetzenden beschäftigungswirksamen Maßnahmen sollten im Sinne des von der EU eingeforderten regionalen Entwicklungskonzepts auch in die Stadt- und Regionalplanung einfließen. Aus den Anforderungen einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung (gesellschaftlicher Bedarf in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Freizeit etc.) können Anregungen für Produktinnovation zum einen und Projekte im öffentlichen Beschäftigungssektor zum anderen entstehen.

### **Gestaltungskompetenz in neuen industriellen Beziehungen**

Neue industrielle Beziehungen, die zum Abbau transformationsbedingter, struktureller Defizite und zur Aktivierung von Mitbestimmung beitragen können entstehen in Form von Unternehmenskooperationen, Betriebsräte-

Netzwerken, regionalen Standortdialoge mit Unternehmen und Ansätze für Beschäftigungsplanpolitik in Betrieben.

Mit den EU-Strukturfonds sollte die Gestaltungskompetenz der Handelnden und die Stabilisierung dieser neuen Beziehungen unterstützt werden. Dies gilt sowohl für die Führungskräfte insbesondere in Fragen der Kooperationsfähigkeit und des Prozessmanagements als auch für Betriebsräte und Arbeitnehmer. Ihre Handlungs- und Gestaltungskompetenz muss im Sinne der auch von der EU gewünschten Partizipation gefördert werden: zum einen zugunsten neuer regionaler und branchenorientierter Dialogformen, zum anderen in betrieblichen Innovations- und Umstrukturierungsprozessen in Fragen der Arbeitsorganisation (z. B: Gruppenarbeit), der Technikgestaltung und von Beschäftigungsplänen. Betriebsräte-Netzwerke erhalten dabei eine immer wichtigere Rolle für den Erfahrungsaustausch, für die Konzeptentwicklung und somit als Impulsgeber für dialogorientiertes Wirtschaften betrieblich und überbetrieblich. D. h. ohne einen qualifizierten „Unterbau“ von Betriebsräten und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären/innen mit Gestaltungskompetenz in den regionalen Gremien, blieben industrie- und strukturpolitische Initiativen wie die Stiftung IAS in Sachsen und das Aktionsprogramm in Brandenburg „Überbau“-Produkte, die die von allen Seiten gewünschte Impulsgeberfunktion zur Aktivierung von Kreativität in den Betrieben und Regionen nicht einlösen könnten. Mit dem Einsatz von EU-Mitteln für die Förderung betrieblicher und regionaler Akteure und ihrer Netzwerke vorrangig wird die Grundlage für funktionierende regionale Beschäftigungsinitiativen und -pakte geschaffen, wie sie von der EU gewollt und modellhaft gefördert werden, und es wird ein Beitrag zum innerbetrieblichen Strukturwandel (ESF-Anspruch) geleistet.

### **Regionalisierung zum Abbau von Transformationsdefiziten**

In Ostdeutschland kommt regionalisierten Netzwerkstrukturen deshalb eine so hohe Bedeutung zu, weil sie auch eine Antwort auf einen Transformationsprozeß darstellen. Dieser war in den ersten Jahren maßgeblich von einer rigiden Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt geprägt, die regionale und Branchenzusammenhänge zunächst bewußt negierte. Ostdeutsche Industriebetriebe wurden aus Produktionsverbänden herausgelöst als Einzelne „verkaufbar“ gemacht, disponibel für die jeweiligen Zugriffsmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals und seines „Ergänzungsbedarfs“. So wurde die Fertigungstiefe (und mit ihr v.a. das Forschungs- und Entwicklungspotential) häufig radikal und suboptimal abgebaut, ohne dass im Umfeld der Standorte inner- und überbetriebliche Möglichkeiten bestanden, durch Kooperationen das verbleibende Kerngeschäft zu stabilisieren. Der Weg zur verlängerten Werkbank und zu Zulieferbe-

ziehungen, die vom Investor bestimmt werden, war somit vorprogrammiert. Im Kontext eines (inter-)nationalen Kapitalbereinigungsprozesses Anfang der 90er Jahre war diese Privatisierungs- und Ausverkaufsstrategie der THA selbst Mittel der Marktbereinigung.

Mit dem Aufbau industrieller Netzwerke und regionaler Wirtschaftskreisläufe ist der Anspruch verbunden, die v.a. aus dieser Transformationsphase herrührenden Strukturprobleme, die sich in einer mangelnden Exportbasis, in FuE-Defiziten und eines gering ausgeprägten Standortumfelds verbunden mit der verbliebenen, idR. kleinbetrieblichen Industriestruktur ausdrücken gezielt „aus eigener Kraft“ zu bewältigen.

### „Horizontale Grundsätze“

Die EU verfolgt mit ihren Leitlinien für die Programme des Zeitraums 2000 bis 2006 zwei horizontale Grundsätze, nämlich die nachhaltige Entwicklung und die Chancengleichheit.

Aus gegebenen Anlaß sollte unbedingt ein dritter Grundsatz das Handeln der EU-Staaten prägen: die friedliche Entwicklung (nach UNO- und nicht nach NATO-Kriterien).

#### Literatur:

Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen (Hrsg.): Aktionsfelder aktiver und partnerschaftlicher Beschäftigungspolitik – eine systematische Darstellung der Ansätze der Stiftung und ihrer Regionalforen in Vorbereitung auf die Ausarbeitung des regionalen Entwicklungsplans und des Operationellen Programms für den Freistaat Sachsen, Dresden, 9.4.1999

IG Metall Bezirksleitung Berlin: Ziele und Kriterien der IG Metall in Berlin, Brandenburg und Sachsen für die Ausgestaltung der EU-Programme 2000 – 2006, Berlin, 17.5.1999

Gerhard Richter, IMU-Institut Berlin/Dresden

### Call Center - Stand, Entwicklungsperspektiven und Arbeitsplatz-Effekte

Call Center werden als „neue Dienstleister“ und angebliche Beschäftigungs-Motoren von Wirtschaftsförderern z.T. mit Dumping-Konditionen umworben. Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit wollte Genaueres zu den Perspektiven von Call Centern sowie deren Arbeitsplatz-Wirkungen wissen und beauftragte das IMU-Institut mit einer Expertise.

Das Ergebnis rät zu einer differenzierten Beurteilung der Call Center. Es gibt sowohl die Erscheinung der Auslagerung von Tätigkeiten in mitbestimmungs- und tariffreie Niedriglohn-Call Center als auch die unternehmens-

oder konzerninterne Reorganisation von Dienstleistungen zu etwa gleichbleibenden Arbeitsbedingungen. Im ersten Fall zeigen sich die üblichen Verhaltensmuster von Unternehmen im Umgang mit standortungebundenen Arbeitsplätzen: Es wird mit den Standortbedingungen in Niedriglohn-Ländern und der möglichen Verlagerung des Call Centers dorthin gedroht, um Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die man nur noch mit „offener Ausbeutung“ bezeichnen kann. Gegenwehr wie etwa Versuche, einen Betriebsrat zu installieren, sollen so im Keim erstickt werden. Zum Teil werden auch Verlagerungen innerhalb Deutschlands vorgenommen, um sich für „die Schaffung neuer Arbeitsplätze“ (bei verschwiegener Abschaffung bestehender Arbeitsplätze) mit öffentlichen Subventionen belohnen zu lassen. Viele Bundesländer haben sich hier in einen unheilvollen Subventionswettbewerb ziehen lassen. (Hinweis für alle, die an einer Streichliste für Subventionen arbeiten)

Den anderen Pol eines breiten Spektrums von Call Center-Typen bildet das unternehmensintern arbeitende Call Center, in dem durch die Verbindung von Kompetenzen des Unternehmens neue oder bessere Dienstleistungen für die Kunden geschaffen werden, meist in Ergänzung zu den eigenen Produkten. Hier bleibt das Call Center an die unternehmens- und produktspezifischen Kenntnisse der Arbeitskräfte gebunden. Die Beschäftigten sind deshalb gegen eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung besser gewappnet.

Kontakt: Hermann Biehler, IMU-Institut München und Gerlinde Vogl, IMU-Institut Stuttgart

### Strukturveränderungen im Einzelhandel und ihre Auswirkungen auf Beschäftigte und Gesellschaft

Unter diesem Titel begann das IMU-Institut in Kooperation mit ISA Consult, Hamburg ein einjähriges Projekt, das von der Hans-Böckler-Stiftung und den HBV-Landesbezirken Bayern und Hamburg gefördert wird.

Im Einzelhandel findet seit Jahren ein Verdrängungswettbewerb statt, der einzelwirtschaftlichem Kalkül folgt und gesamtwirtschaftliche, soziale und ökologische Nutzen und Kosten vernachlässigt. Der Strukturwandel im Einzelhandel ist deshalb bei gesamtgesellschaftlicher Betrachtung kontraproduktiv. Es mehren sich Stimmen, die eine bessere Steuerung des Strukturwandels und insbesondere eine Eindämmung des großflächigen Einzelhandels in städtebaulich nicht integrierten Lagen sowie eine Wirkungsanalyse für neue und für besonders expansive Betriebsformen fordern. Das begonnene Projekt setzt sich zum Ziel,

1. ein differenziertes Kriterienraster zu entwickeln, um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen des großflächigen Einzelhandels zu erfassen und

2. sie nach Möglichkeit zu quantifizieren sowie zur besseren Vergleichbarkeit zu monetarisieren.

Anhand zweier Fallbeispiele - eines aus dem Möbeleinzelhandel, ein weiteres zu Verbrauchermärkten - soll die Brauchbarkeit des Rasters überprüft und demonstriert werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf die quantitative und auf die qualitative Beschäftigungssituation gerichtet werden, insbesondere auch für Frauen, die die Mehrheit der Beschäftigten im Einzelhandel stellen. Auch von den Auswirkungen im Bereich der sozialen Sicherung und der Umwelt sind Frauen stärker betroffen.

Mit den Projektergebnissen sollen Interessen von ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerung sowohl in Bauleitplanverfahren als auch bei der Entwicklung von Leitlinien zur Raumordnung oder von regionalen Entwicklungskonzepten argumentativ gestärkt werden. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten für fallweise Kooperationen mit anderen Interessengruppen, zum Beispiel aus dem Umweltbereich, eröffnet werden.

Kontakt: Hermann Biehler, IMU-Institut München

### **Qualifizierung der Flächennutzungsplan-Grundlagen für freigegebene Bahnflächen in München**

Im Forschungsverbund „Flächennutzungskonkurrenzen“, der vom BMBF gefördert wurde, hat das IMU-Institut zusammen mit der Gesamthochschule Universität Kassel (Prof. Weise), mit der Planungsgruppe 504, München, und mit Haase&Söhmisch, Freising, ein Instrument entwickelt, das in der vorbereitenden Bauleitplanung zur Nachhaltigkeitsprüfung eingesetzt werden kann. Dem kommt deshalb Bedeutung zu, weil derzeit von Bahn, Post, Militär, Industrie usw. Areale freigegeben werden, die einer neuen Nutzung zugeführt werden sollen. Während die Grundeigentümer v.a. an Nutzungen interessiert sind, die ihnen hohe Verkaufspreise ermöglichen, müssen die Kommunen aus Sicht der angrenzenden Stadtteile und aus gesamtstädtischer Sicht Notwendigkeiten und Wünsche formulieren. Letztlich müssen die Interessen von Investoren, Stadt und Allgemeinheit abgewogen werden. In der derzeitigen Praxis dominieren dabei die Investoren mehr oder weniger stark.

Die Landeshauptstadt München hat das IMU-Institut mit der Nachhaltigkeitsprüfung der Wettbewerbsergebnisse für ein Teilgebiet der Bahnflächen zwischen Hauptbahnhof und Pasing beauftragt, um die Optimierungsmöglichkeiten der Entwürfe auszuloten und konkrete Aufgaben an die Überarbeitung der Entwürfe stellen zu können.

Bei der Nachhaltigkeitsprüfung werden indikatorgestützt die wichtigsten absehbaren ökonomischen, ökologischen und sozialen Wirkungen der jeweils geplanten Nutzungen sowohl qualitativ bewertet als auch quantifiziert und monetarisiert (in Geld-Werten ausgedrückt), so daß bei

Zielkonflikten die Abwägung erleichtert wird. Zudem offenbaren sich dabei Handlungsspielräume im Interessenwiderstreit.

Kontakt: Hermann Biehler, IMU-Institut München, Ursula Richter, IMU-Institut Dresden

### **Nachhaltiges Wirtschaften: Innovative Ansätze zur Stärkung der regionalen Ökonomie**

Im Rahmen des neuen Forschungsschwerpunkts des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie „Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften“ fand am 26. und 27. April ein Auswahlverfahren statt, dem sich auch das IMU-Institut zusammen mit dem Sächsischen Textilbeauftragten Herbert Bittlinger und Vertretern des Sachsenleinen e.V. stellte.

Die interdisziplinäre FuE-Arbeitsgemeinschaft des IMU-Instituts und der Universität Kassel (Prof. Dr. Peter Weise) hat sich gemeinsam mit Landwirten und Unternehmen die Aufgabe gestellt, in der Region angebaute Naturfasern (Hanf und Flachs) auch in der Region zu innovativen Produkten (Konsumgüter, Einsatz in der Automobilindustrie) weiterzuverarbeiten. Dazu sind Kooperationen und Absprachen der Akteure in der Region erforderlich.

Neben den erwarteten positiven ökonomischen und sozialen Effekten für die Region werden auch positive ökologische Wirkungen, u.a. durch verringerte Transporterfordernisse (geringere Umweltbelastungen und geringerer Ressourcenverbrauch), erwartet. All diese Wirkungen sollen quantifiziert und bewertet werden.

Derzeit wird eine Machbarkeitsstudie zum Projektvorhaben durchgeführt.

Kontakt: Ursula Richter, IMU-Institut Dresden

### **Projekt: Aus- und Weiterbildung von Gruppenmitgliedern in ausgewählten Betrieben der bayerischen Metall- und Elektroindustrie**

Ziel des Vorhabens ist es, in drei mittleren und kleinen Betrieben ein Pilotprojekt durchzuführen, das Konzepte zur Weiterbildung von Gruppenmitgliedern betriebsnah und prozeßbegleitend entwickelt und realisiert, den Verlauf des Weiterbildungsprozesses auswertet und eine verallgemeinerte Weiterbildungskonzeption sowie Weiterbildungsmaterialien für andere Betriebe und Interessierte, vor allem KMU, bereit stellt.

Die Realisierung des Projektes setzt den Konsens der Betriebsparteien bei der Einführung von Gruppenarbeit voraus. Auf diese Weise trägt es der von der EU geforderten "erweiterten Partnerschaft" Rechnung.

An dem Pilotprojekt nehmen Betriebe unterschiedlicher Größe aus verschiedenen Sparten der bayerischen Metall- und Elektroindustrie teil.

Im Projekt werden Lerngruppen (je 2 Lerngruppen pro Betrieb) mit jeweils ca. 15 Gruppenmitgliedern gebildet werden. Die damit erfassten Personen werden über einen Zeitraum von 6 Monaten in eine 2-tägige Schulungssequenz einbezogen.

Aus dem Projekt entsteht ein betrieblich erprobtes und weiterentwickeltes Schulungskonzept sowie Ausbildungsmaterialien, die von anderen Betrieben und interessierten Einrichtungen übernommen werden können.

Das Projekt wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds, des Freistaates Bayern und der beteiligten Unternehmen gefördert.

Es wird in der Zeit von Januar 1999 bis Dezember 1999 durchgeführt.

Kontakt: Heinz Pfäfflin, Michael Buchner, IMU-Institut Nürnberg

### **Projekt Arbeitsorientierte Betriebspolitik und Betriebsratsarbeit erfolgreich abgeschlossen**

Das Projekt sollte einen Beitrag zur Verbesserung der arbeitsorientierten Betriebspolitik und ihrem Verhältnis zur Betriebsratsarbeit unter den Bedingungen der neuen Bundesländer leisten. Im Projektverlauf konnten drei Betriebsräte-Netzwerke in den IG Metall Verwaltungsstellen Prenzlau, Zwickau und Bautzen realisiert und stabilisiert werden. Sie sind branchen- und strukturpolitisch orientiert und arbeiten u.a. zu den Themen industrielle Standort- und Beschäftigungssicherung, Kooperation der Zulieferbetriebsräte in der Automobilindustrie und zwischenbetriebliche Kooperationsprozesse sowie Kooperation der Zulieferbetriebe der regionalen Bahnindustrie.

Folgende Schlussfolgerungen lassen sich u.a. aus dem 14 monatigen Projekt ziehen: Betriebsrats-Netzwerke sind informelle Netzwerke, die sich selten selbstständig, sondern v.a. durch Initiative der Einzelgewerkschaft bilden. Sie haben nur Bestand, wenn sie konkrete Probleme bearbeiten. Dabei ist v.a. die Schere zwischen kurzfristiger einzelbetrieblicher Problemwahrnehmung und längerfristig orientierter Netzwerkarbeit zu schliessen. Betriebsräte-Netzwerke haben sich zu einem funktionsfähigen, zusätzlichen Instrument arbeitsorientierter Betriebs-, Branchen- und Strukturpolitik entwickelt. Sie bieten eine reelle Chance für die Verbesserung der Betriebsratsarbeit und die Stärkung arbeitsorientierter Positionen der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung. Dabei hat sich die externe Begleitung dieser Netzwerke als notwendig erwiesen – wobei in den Netzwerken Externe und Betriebsräte voneinander lernen können.

Gefördert wurde das Projekt durch die Otto-Brenner-Stiftung.

Kontakt: Martin Grundmann, IMU-Institut Berlin; Alrun Fischer, IMU-Institut Dresden

### **Neuerscheinungen**

Martin Grundmann, Alrun Fischer: Arbeitsorientierte Betriebspolitik und Betriebsratsarbeit – Erfahrungen aus drei ostdeutschen Betriebsräte-Netzwerken, IMU-Informationsdienst Nr. 1/1999

Detlev Sträter: Multimedia - Profiling and Regional Restructuring of Munich as an Industrial Location. In: Multimedia and Regional Economic Restructuring, ed. by Hans-Joachim Braczyk, Gerhard Fuchs, Hans-Georg Wolf, London: Routledge 1999, p. 155-182 (Routledge Studies in the Modern World Economy 21)

Detlev Sträter: Nach dem Gründungsboom nun in der Konsolidierungsphase. Multimedia-Studien zeigen: München bzw. Bayern liegen im Ranking vorne. In: "tendenz" - Magazin für Funk und Fernsehen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien 1/1999

Michael Buchner, Heinz Pfäfflin: Humane Gestaltung der Gruppenarbeit, damit die Arbeit wieder Spass macht! – Aus- und Weiterbildung von Gruppensprecherinnen und Gruppensprechern in ausgewählten Betrieben der bayerischen Metall- und Elektroindustrie, IMU-Studien Nr. 25, erscheint im Sommer 1999

Michael Buchner, Heinz Pfäfflin: Druckereien als Medieneinsteiger – die grösste Herausforderung seit Gutenberg? Arbeitshilfe für Betriebsräte, Hans Böckler Stiftung, Reihe Arbeitspapiere Nr. 4, 1999

Hermann Biehler, Gerlinde Vogl: Call Center: „Zusatzleistungen sind nicht üblich“, in: WSI-Mitteilungen 4/1999